

Laufend neue, aktuelle Stellenangebote



SERVICE >> [sol.immowelt.de](#) [sol.stellenanzeigen.de](#) [sol.onetwosold.de](#) [Anzeigen a](#)



&lt;&lt; Zurück

[weltnews](#)

&gt;&gt; Nächster Artikel



- ▶ [titelseite](#)
- ▶ [schlagzeilen](#)
  - [news-übersicht](#)
  - [weltnews](#)
  - [wirtschaft](#)
  - [wissenschaft](#)
  - [boulevard](#)
  - [sport](#)
  - [grundschul-special](#)
- ▶ [das wetter](#)
- ▶ [saar-termine](#)
- ▶ [Saarbrücker Zeitung](#)
- ▶ [maxxclub](#)
- ▶ [pfälzischer merkur](#)
- ▶ [meinungsforum](#)
- ▶ [anzeigen](#)
- ▶ [clickMe-fotos](#)
- ▶ [suchen & finden](#)
- ▶ [sol-community](#)
- ▶ [sport](#)
- ▶ [saar.amateur](#)
- ▶ [automobil](#)
- ▶ [reise](#)
- ▶ [wirtschaft & geld](#)
- ▶ [tv, stars & musik](#)
- ▶ [pc, handy & co.](#)
- ▶ [saar shopping](#)
- ▶ [branchenfürer](#)
- ▶ [schlauer umziehen](#)
- ▶ [impressum & kontakt](#)

## Öffentliches Tarifrecht wird ohne Länder reformiert

▶ [Neu: Google nach Schlüsselbegriffen durchsuchen](#)

**Potsdam/Hannover (dpa) - Die knapp 2,3 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen erhalten ein neues Tarifrecht mit Regelungen für leistungsbezogene Bezahlung und flexiblere Arbeitszeiten. Nach dreitägigen Verhandlungen einigten sich Gewerkschaften und Arbeitgeber auf eine grundlegende Reform.**



© GROSS

*Frank Bsirske, Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, gibt in Potsdam Interviews.*

Das teilten Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) und der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, am Abend in Potsdam mit. Das reformierte Tarifrecht gilt vorerst nur für die Tarifbeschäftigten des Bundes und der Kommunen. Die Länder wollen die Einigung nicht übernehmen: Diese binde die Länder nicht, da die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in Potsdam nicht am Verhandlungstisch gewesen sei, teilte der TdL-Vorsitzende, Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (CDU), am Abend in Hannover mit. Die Länder mit ihren rund 900 000 Beschäftigten waren im vergangenen Jahres ausgeschert.

Arbeitszeitkonten geben den Beschäftigten von Bund und Kommunen künftig die Möglichkeit, «souveräner über ihre Arbeitszeit zu bestimmen», teilte ver.di mit. Von 2005 bis 2007 erhalten die Beschäftigten im Westen jedes Jahr eine Einmalzahlung von 300 Euro. Für die Beschäftigten im Osten werden in Schritten von jeweils 1,5 Prozentpunkten die Gehälter von derzeit 92,5 auf 97 Prozent im Verhältnis zum Westen angeglichen. Weihnachts- und Urlaubsgeld werden zu einer Jahressonderzahlung zusammengeführt.

Anzeige

**Branchensuche:**

 [go!](#)

Beispiel: "Restaurant" eingeben & Go!